

Wichtig für alle!

Viele Haushalte in Baden-Württemberg werden jetzt mit höheren Wassergebühren belastet. Der Grund: Die Betriebsanlagen der Bodenseewasserversorgung und die Landeswasserversorgung wurden über dubiose Cross-Border-Leasinggeschäfte an amerikanische Finanzgesellschaften verkauft und zurück gemietet. Damit wurde ein Verlust von 100 Millionen Euro eingefahren. Vorsitzender beider Verbände ist der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster (CDU), der in Stuttgart für ähnliche Geschäfte verantwortlich ist. Über Steuerlücken in den USA wollte man sich über diesen Weg Steuervorteile erschleichen. Die Verantwortlichen haben alle Warnungen vor den Risiken in den Wind geschlagen. Vertraut wurde nur den fürstlich honorierten Beratern aus Banken und Leasinggesellschaften. Jetzt ist es schief gegangen. Bezahlen müssen abermals die Bürgerinnen und Bürger. Personelle Konsequenzen gibt es nicht!

Profitinteressen haben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nichts zu suchen!

Die Wassergebühren sind ein Beispiel dafür, wie viele KommunalpolitikerInnen mit öffentlichem Eigentum umgehen. Privatisierung, Markt und Wettbewerb waren deren Schlagworte der letzten Jahre. DIE LINKE sagt: Bei der Kindererziehung, in Krankenhäusern, Schulen, beim öffentlichen Personennahverkehr, Schwimmbädern, Freizeiteinrichtungen, Altersheimen, Wasser- und Abwasser, Müllabfuhr haben Gewinninteressen, Markt und Wettbewerb nichts verloren. Diese Bereiche sind elementare Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen öffentlich betrieben und demokratisch kontrolliert werden. Nur so können Mieten, Gebühren und Fahrpreise regional und sozial gestaltet werden, aber auch nur so kann über die Löhne und Beschäftigungsverhältnisse in kommunalen Betrieben mitbestimmt werden.

DIE LINKE fordert die Rekommunalisierung bereits privatisierter Einrichtungen und ein Ende der Privatisierungspolitik. Das betrifft aktuell besonders die Energieversorgung. Vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geraten bei den gestiegenen Energiekosten an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten. Energieversorgung gehört in öffentliche Hand! Sozialtarife müssen eingeführt werden! DIE LINKE steht grundsätzlich für eine gute Personalausstattung in der öffentlichen Daseinsvorsorge mit qualifiziertem Personal. Die Ausgliederung von Arbeiten in GmbHs oder an private Anbieter lehnt DIE LINKE ab. Die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst müssen für alle Beschäftigten gelten.

DIE LINKE fordert,
weil es wichtig für alle ist:

- Keine Privatisierung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen der Daseinsvorsorge
- Keine Schließung von Krankenhäusern und die Sicherung einer guten wohnortnahen Gesundheitsversorgung und bessere Altenpflege
- Ausbau der Kindertagesstätten, kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze
- Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und sozial-ökologische Stadtplanung
- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und Schaffung bezahlbarer Wohnungen
- Förderung ökologischer Politik und Einsatz regenerativer Energien
- Ausbau der Freizeit-, Jugend-, Erholungs- und Sporteinrichtungen

*DIE LINKE. LV Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/24 10 45
Fax: 0711/24 10 46
E-Mail: info@die-linke-bw.de
www.die-linke-bw.de*

*V.i.S.d.P. Bernhard Strasdeit,
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart*

Europa- und
Kommunalwahl
7. Juni 2009

Wichtig für alle!

Krankenhäuser, Wohnungen, Wasser
und Strom, Straßenbahnen und Busse
gehören zur Grundversorgung aller
und deshalb in öffentliche Hand.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.